



## GEMEINDERATSSITZUNG AM 21.02.2018

Zu Beginn der Sitzung teilte Bürgermeister Zibold mit, dass der als Tagesordnungspunkt 1 vorgesehene Vortrag von Herrn Rektor Amann zur Weiterentwicklung des Bildungszentrums Niederstetten in den nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung verlagert werden muss.

So dann befasste sich das Gremium mit dem Geschichts- und Erinnerungspfad Niederstetten. Hierzu erläuterte der anwesende Pfarrer Silzle den derzeitigen Sachstand zum Gedenkpfad Niederstetten. Hieran hat in den vergangenen Monaten eine Arbeitsgruppe bestehend aus Kirchengemeinderäten, Gemeinderäten und verschiedenen Bürgern intensiv gearbeitet. Die Grundlage der Arbeitsgruppe war die Bachelorarbeit einer Studentin der Hochschule für Medien in Stuttgart, die sich mit dem Gedenkpfad zum Wirken von Pfarrer Umfrid in Niederstetten beschäftigt hatte. Dieser Gedenkpfad soll nach derzeitigem Stand aus fünf Stationen bestehen, welche sich im Bereich des Turms der Evangelischen Kirche, des Le Plessis-Bouchard Platzes, der Synagoge, des Platzes an der Einmündung zur Schimmelturmgaße und des Rathauses befinden sollen. An diesen fünf Stationen sollen Besucher künftig Informationen über die prägenden Ereignisse und Personen der Stadtgeschichte erhalten. Im Mittelpunkt stehen die Jahre unter nationalsozialistischer Herrschaft. Die jüdische Gemeinde in Niederstetten und der ehemalige Pfarrer Umfrid.

Der Gedenkpfad will über die Vergangenheit informieren, jedoch auch Bezüge zur Gegenwart herstellen und mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft aufzeigen.

An den Stationen finden die Besucher jeweils Stelen oder Informationstafeln.

Diese Aufarbeitung der Geschichte stellt nach Meinung der Beteiligten eine zeitgemäße Form der Beschäftigung mit der Stadtgeschichte dar. Zur Frage der Finanzierung ergänzt Bürgermeister Zibold, dass möglicherweise eine Förderung von bis zu 60 % über das Programm LEADER+ möglich sei. Bei der anschließenden Aussprache äußern sich die Gremiumsmitglieder durchweg positiv zur geplanten Aufarbeitung der Geschichte der Stadt Niederstetten. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorbereitenden Maßnahmen weiterzuführen.

Anschließend befasst sich das Gremium mit dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan mit Satzung über die örtlichen Bauvorschriften „Nachtigallenweg III“.

Ein Bauinteressent plant im Bereich des Nachtigallenweges die Errichtung eines Wohnhauses. Die Fläche ist im Flächennutzungsplan zwar als Bauerwartungsland ausgewiesen. Um baurechtliche Voraussetzungen zu schaffen ist jedoch die Aufstellung eines Bebauungsplanes notwendig. Der angrenzende Bebauungsplan „Nachtigallenweg II“ ist als „allgemeines Wohngebiet“ ausgewiesen. Die Kosten für dieses Verfahren werden vom Bauinteressenten getragen. Ohne weitere Diskussion beschließt das Gremium einstimmig den Bebauungsplan „Nachtigallenweg III“ nach §2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB aufzustellen. Der Aufstellungsbeschluss wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Aus dem Bereich der Stadtsanierung berichtet Hauptamtsleiterin Frau Weidmann über den anstehenden Abschluss von drei Vorvereinbarungen, sowie zwei Modernisierungsvereinbarungen im Rahmen der Stadtsanierungen. Bei den Maßnahmen handelt es sich ausschließlich um Restmodernisierungsmaßnahmen bzw. um die Schaffung von zeitgemäßem Wohnraum. Die Gremiumsmitglieder stimmen den Vorvereinbarungen, sowie den Modernisierungsvereinbarungen einstimmig zu.

Anschließend berichtet Frau Weidmann von dem Wunsch des Dr.-Jürgen-Rau Kindergartens ein städtisches Waldgrundstück für die Kinder des Kindergartens nutzen zu können. Hierbei ist für den Kindergarten die fußläufige Erreichbarkeit des Grundstückes von elementarer Bedeutung. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, dem Kindergarten das Flurstück 1450 im Gebiet „Sperrlohe“, oberhalb des Eiskellers für die Zwecke des Kindergartens zur Verfügung zu stellen. Bei der anschließenden Aussprache weist ein Ortsvorsteher auf die Sicherheitsaspekte im Bereich des Waldgrundstückes hin und bittet darum, das Grundstück dahingehend von der zuständigen Försterin begutachten zu lassen. Dies wird von der Verwaltung zugesagt. Der Gemeinderat gibt einstimmig sein Einverständnis zur Nutzung des Flurstückes 1450, Gewinn „Sperrlohe“ durch die Kinder und Erzieher/Erzieherinnen des Dr.-Jürgen-Rau Kindergartens.

Anschließend berichtet Hauptamtsleiterin Frau Weidmann von der Parksituation am Frickentalplatz. Hier waren in der Vergangenheit immer wieder Beschwerden bezüglich Parken von LKWs, Bussen und sonstigen Großfahrzeugen auf dem Frickentalplatz bei der Verwaltung eingegangen. Daher wurde von der Verwaltung veranlasst einen Beschilderungsvorschlag für den Frickentalplatz durch das Straßenverkehrsamt erarbeiten zu lassen. Dieser Beschilderungsvorschlag würde künftig nur noch PKWs das Parken auf dem Frickentalplatz erlauben. Frau Weidmann ergänzt, dass jedoch die Möglichkeit bestehe, alternativ im nördlichen Bereich des Frickentalplatzes die geteerte Fläche (ehemaliger Standort der Wohncontainer) als LKW-Parkplätze auszuweisen. Busse könnten auf die gegenüberliegende Bedarfshaltestelle verwiesen werden. Ein großes Problem in der Vergangenheit war, dass die Entleerungsstation für Wohnmobile trotz eindeutiger Beschilderung häufig von LKWs zugeparkt worden war. Bei der anschließenden Aussprache äußern sich die Gemeinderäte mehrheitlich gegen die Beschilderung des Frickentalplatzes. Der Antrag im Bereich des Frickentalplatzes auf eine Parkbeschilderung zu verzichten und lediglich die Wohnmobilstellplätze und die Entleerungsstation für Wohnmobile eindeutig zu beschildern wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme angenommen.

Kämmerin Frau Olkus-Herrmann erläuterte im Anschluss die Bildung von Haushaltsresten im Rechnungsabschluss des kommunalen Haushaltes 2017. Im Verwaltungshaushalt sollen Haushaltreste in Höhe von 292.800 € gebildet werden. Im Vermögenshaushalt sollen Haushaltsausgabereste in Höhe 1.460.600 € gebildet werden. Nachrichtlich gibt Frau Olkus-Herrmann auch die Haushalteinnahmereste in Höhe von 1.006.500 € bekannt. Bei der anschließenden Abstimmung sprechen sich die

Gremiumsmitglieder einstimmig für die Bildung von Haushaltsresten, gemäß den Erläuterungen der Kämmerin aus.

Als nächstes Thema stand der Hochwasserschutz Rüsselhausen auf der Tagesordnung. Hier beschäftigte man sich mit dem Baubeschluss und der Bereitstellung der städtischen Eigenmittel. Die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen waren dem Gremium bereits in früheren Sitzung bekanntgegeben worden. Das Baufenster für die Umsetzung dieser Maßnahme ist bedingt durch die Vorgaben der Naturschutzbehörde relativ eng. Die Maßnahme muss im April 2018 begonnen und sollte im Sommer 2019 fertiggestellt werden. Da die Gremiumsmitglieder keinen weiteren Informationsbedarf anmeldeten wurde der Baubeschluss für die Bereitstellung der städtischen Eigenmittel einstimmig gefasst.

Bei der laufenden Baumaßnahme der Erweiterung des Dr. Jürgen-Rau Kindergartens Niederstetten waren anschließend die Außenputzarbeiten, sowie Schreinerarbeiten und die Spülküche zu vergeben. Den Auftrag für die Außenputzarbeiten erhielt der günstigste Bieter, die Firma Stefan Dod zu einem Bruttoangebotspreis von 28.555,60 €. Die Schreinerarbeiten wurden ebenfalls an den günstigsten Bieter, die Firma Reuther, Dörzbach zu einem Bruttoangebotspreis von 12.889,13 € vergeben. Den Auftrag für die Spülküche erhielt die Firma Palux, Bad Mergentheim als günstigster Bieter zu einer Bruttoangebotssumme von 15.732,40 €. Die vorgenannten Vergabeempfehlungen wurden vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Ebenfalls einstimmig beschloss das Gremium über die Auftragsvergabe an die Firma UFT, Bad Mergentheim für die Nachrüstung von Fernwirktechnik an neun Regenüberlaufbecken und der Kläranlage Rüsselhausen. Die Firma UFT hatte diese Leistungen zu einem Bruttoangebotspreis von 330.395,99 € angeboten. Die Finanzierung erfolgt durch einen Zuschuss von 80 %, sowie die im Eigenbetrieb Abwasser eingeplanten Eigenmittel.

Anschließend erläutert Stadtbaumeister Deeg die Änderung des Entsorgungsvertrages zur Klärschlammverwertung im Main-Tauber-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis. Da der bestehende Vertrag zum 31.12.2018 ausläuft, muss dieser geändert bzw. entsprechend verlängert werden. Stadtbaumeister Deeg erklärt, dass in früheren Jahren der Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen ausgebracht wurde. Zwischenzeitlich ist dies jedoch nicht mehr zulässig. Daher hat sich die Stadt Niederstetten bereits vor Jahren für die thermische Verwertung des Klärschlammes entschieden und einen entsprechenden Vertrag mit der BAGeno geschlossen. Demnach hat die Stadt Niederstetten der BAGeno künftig 28,60 € pro Tonne für die thermische Entsorgung des Klärschlammes zu bezahlen. Hierzu kommen noch Transportkosten in Höhe von 35,60 € pro Tonne.

Die Transportkosten sind jedoch mit einer Preisgleitklausel gemäß den Empfehlungen des Landkreistages versehen und werden sich somit jährlich ändern. Nach Klärung einiger offener Fragen kam das Gremium einstimmig zu dem Ergebnis

den Änderungen des Klärschlamm Entsorgungsvertrages, gemäß der Vorlage zuzustimmen.

Dann berichtet Kämmerin Olkus-Herrmann über den Eingang von Spenden in Höhe von insgesamt 5.349,08 €. Die Gremiumsmitglieder stimmen der Annahme dieser Spenden einstimmig zu.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ informiert Bürgermeister Zibold über den Eingang einer Wahlanfechtung durch einen der Bewerber. Die Stadtverwaltung hat jedoch bereits in der vergangenen Woche eine Stellungnahme zu dieser Wahlanfechtung an das Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Kommunalaufsicht abgegeben. Das Ergebnis der Prüfung steht derzeit noch aus.

Zum Thema Geruchsbelästigung im Hallenteil IV der Sporthalle erklärt Stadtbaumeister Deeg, dass in den letzten Tagen eine umfassende Raumluftmessung und –prüfung in Auftrag gegeben worden sei, die Aufschluss über die schlechte Luft im Hallenteil IV der Sporthalle geben soll. Sobald diese Ergebnisse vorliegen werden sie entsprechend an den Sportverein als Nutzer bekanntgegeben. Bürgermeister Zibold ergänzt, dass sich eine entsprechende Hallennutzung ergeben wird, sobald klar ist, dass alle Grenzwerte eingehalten und keine Schadstoffe in der Luft sind.

Auf Anfrage zum Thema Windpark „Hühnerneest“ erklärt Bürgermeister Zibold, dass die bisherigen Verhandlungen mit Interessenten gescheitert seien. Der zuständige Projektierer wird nun das Objekt bauen und dann verschiedene Interessenten nochmals anbieten. Von Seiten des Gremiums wurde darauf hingewiesen, dass auf die regionale Wertschöpfung und Bürgerbeteiligung bei diesem Projekt großen Wert gelegt wird. Dies ist auch alle Beteiligten bekannt. Zur geplanten Trassenführung unter temporären Ausbaustandards werden vorab entsprechende Beratungen im Ortschaftsrat und im Gemeinderat stattfinden.

Abschließend gibt Bürgermeister Zibold bekannt, dass derzeit Grundstücksverhandlungen im Gewerbegebiet „Hohe Buche“ im Gange sind. Außerdem waren in der vergangenen nichtöffentlichen Sitzungen Ingenieurleistungen zum Neubau einer Firma, sowie der Erweiterung des Industriegebietes „Hohe Buche“ und des ZOB an der Sporthalle vergeben worden. Die Gremiumsmitglieder nehmen diese Bekanntgaben zur Kenntnis.